

# Die SDA streikt – Chefs bleiben kompromisslos

Die Mitarbeiter der Nachrichtenagentur SDA sind in einen unbefristeten Streik getreten. Ihre Chefs reagieren wütend.

von Dennis Bühler

Der Zufall will es, dass der Demonstrationszug der SDA-Journalistinnen und Journalisten gestern Mittag in der Stadt Bern auf Bundesrat Ueli Maurer trifft. «Helfen Sie uns», fordert ihn ein Mitarbeiter der Schweizerischen Depeschagentur auf. Der SVP-Finanzminister aber hat kein Gehör für die Sorgen der Angestellten, die sich gegen den Abbau von mehr als einem Viertel ihrer Arbeitsplätze wehren. «Sie helfen uns ja auch nie», sagt er, verweigert die Entgegennahme eines Flugblattes und schreitet davon.

Einige Stunden bereits streikt die SDA-Belegschaft zu diesem Zeitpunkt. Und sie wird dies auch heute tun. «Wir stossen bei der Geschäftsleitung auf taube Ohren», sagt Redaktionssprecher Sebastian Gänger. «Unser Vertrauen in CEO Markus Schwab ist zerstört. Wir streiken, bis der Verwaltungsrat ernsthafte Verhandlungen mit uns beginnt.» Die Redaktion stört sich nicht nur am Personalabbau, sondern vor allem auch an der Art und Weise, wie die Kündigungen vollzogen werden – innert weniger Tage, ohne Erklärung, mit gehörigem Druck auf jeden einzelnen.

## «Keine Nonprofit-Organisation»

Das Fass endgültig zum Überlaufen gebracht hat ein Interview Schwabs in der «NZZ am Sonntag». Die SDA sei nur ihren Aktionären etwas schuldig, sagte der CEO. «Wieso kommt man auf die Idee, dass wir eine Verpflichtung für einen Service public haben?» Die Nachrichtenagentur sei «keine Nonprofit-Organisation, sondern eine Firma, die das Ziel hat, angemessene Gewinne zu machen». Auf den Hinweis des Journalisten, in Unterlagen des Unternehmens stehe das Gegenteil, sagte Schwab lapidar: «Das ist eine alte und nicht mehr gültige Broschüre.»

Der politische Druck auf die SDA-Spitze war schon vor diesem Interview gross gewesen: Politiker aller Parteien

übten vergangene Woche harsche Kritik. So twitterte etwa CVP-Präsident Gerhard Pfister: «Was der Verwaltungsrat und die operative Führung derzeit liefern, ist unter jeder Kanone.»

An der gestrigen Kundgebung der SDA-Belegschaft nahmen die SP-Nationalräte Matthias Aebischer und Cédric Wermuth sowie Grünen-Chefin Regula Rytz teil. «Die SDA ist keine Zahnbürstenfabrik, sondern eine Nachrichtenagentur, die die journalistische Grundversorgung des Landes garantiert», sagte sie. Und mit Verweis auf Schwabs Zeitungsinterview: «Ich fordere den Verwaltungsrat auf: Stoppt den zynischsten CEO der Schweiz!»

## Krisensitzung noch diese Woche

Spätestens mit Streikbeginn ist die Krise ganz oben im Unternehmen angekommen. Verwaltungsratspräsident Hans Heinrich Coninx verweigerte gestern jede Stellungnahme. Sein Vize Hanspeter Lebrument, der auch Verleger der «Südostschweiz» ist, bestätigte immerhin, dass sich der Verwaltungsrat noch diese Woche zu einer ausserordentlichen Sitzung treffen wolle. Auch in diesem Gremium rumort es: Mit Sandra Jean hat die einzige Journalistin im Verwaltungsrat am Freitag aus Solidarität mit der Belegschaft ihren Rücktritt erklärt. Darüber hinaus wollte sich Lebrument bloss als Verleger und damit als SDA-Kunde äussern: «In einem fairen Arbeitskampf kündigt man Streikmassnahmen ein paar Tage im Voraus an, damit sich die Gegenseite vorbereiten kann», sagte er. «Dass die Mitarbeiter dies unterlassen haben, ist skandalös.»

Im Bundesrat ist mehr Verständnis für die Streikenden vorhanden als bei den Verlegern. «Es gehört zur Schweiz, dass Arbeiter sich wehren können», sagte Medienministerin Doris Leuthard dem Onlineportal «nau.ch». Gemäss Recherchen der «Südostschweiz» macht Bundespräsident Alain Berset die SDA heute auch bei der Bundessitzung zum Thema.



Protestmarsch: Mitarbeiter der SDA strecken selbstgemalte Transparente in die Höhe und demonstrieren so gegen den Personalabbau bei der Agentur. Bilder Anthony Anex/Keystone

## Suva meldet 2017 mehr Unfälle

Das schöne Wetter ist schuld: 2017 sind in der Schweiz deutlich mehr Personen verunfallt als zuvor.

Insgesamt befasste sich die Schweizerische Unfallversicherung Suva im Jahr 2017 mit 465 000 Unfällen oder Krankheiten. So stieg die Gesamtzahl der Unfälle und Berufskrankheiten in Betrieben und in der Freizeit 2017 um ein Prozent, wie die Suva gestern mitteilte. Dabei blieben die Unfälle am Arbeitsplatz stabil. Die Nichtberufsunfälle legten hingegen um 1,9 Prozent zu. Im Vorjahr waren sie noch leicht rückläufig.

Deutlich mehr Nichtberufsunfälle gab es bei den Suva-Versicherten im Januar und Juni. Gemäss Wetterdaten gab es sowohl den drittwärmsten Frühling als auch den drittwärmsten Sommer seit Messbeginn. Besonders im Juni herrschte eine für diesen Monat untypische Hitzewelle. Einen weiteren Wärmeschub brachte der Oktober.

Für die Versicherungsstatistiker war damit klar, weshalb die Unfallzahlen in der Freizeit stiegen: Die Menschen waren länger und häufiger im Freien aktiv. Bei den Freizeitaktivitäten nahmen vor allem die Unfälle beim Wandern und Spazieren zu, und zwar um 16,5 Prozent. Mit 2233 Unfällen bei diesen Aktivitäten kam der Januar fast dem Juni mit 2308 gleich. Im Ganzen gab es über 21 500 Unfälle beim Wandern und Spazieren.

## 4,8 Prozent mehr Motorradunfälle

Die Zahl der Motorradunfälle nahm um 4,8 und jene der Velounfälle um 3,6 Prozent zu. Auch bei den Unfällen mit den Zweirädern zeigte der Juni eine weit überproportionale Zunahme mit Vergleich zum Vorjahr.

Den stärksten Anstieg bei allen Freizeitunfällen verzeichnete die Altersklasse von 55 bis 64 Jahren mit acht Prozent. Offenbar zieht es diese Gruppe bei schönem Wetter eher nach draussen als die Jüngeren. Gemäss den Versicherungsstatistikern ist diese Zunahme nämlich nicht allein auf die geburtenstarken Jahrgänge zurückzuführen.

Bei den 35- bis 44-Jährigen ergab sich eine Zunahme um 3,6 Prozent. Die bis 24-Jährigen verzeichneten dagegen einen Rückgang um 2,7 Prozent. (sda)

# Neue SBB-Züge werden zum Gerichtsfall

Die neuen SBB-Doppelstockzüge sind für Menschen mit Behinderungen ungeeignet. Nun werden die SBB vor Gericht gezogen.

von Eva Surbeck

Unbegleitet reisende Menschen mit Behinderungen stossen in den neuen SBB-Doppelstockzügen auf zu viele Hindernisse. Inclusion Handicap, der Dachverband der Behinderten-Organisationen der Schweiz, hat wegen dieser Mängel Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht eingereicht.

Das Bundesamt für Verkehr (BAV) bewilligte den Einsatz der neuen Züge Ende 2017 provisorisch für vorerst ein Jahr. Eine erneute Prüfung will das BAV durchführen, wenn alle geplanten Funktionalitäten der Züge betriebsbereit sind, wie es damals hiess.

## Teuerste Anschaffung der SBB

2010 bestellten die SBB 62 Doppelstock-Fernverkehrszüge für 1,9 Milliarden Franken bei Bombardier. Es handelte sich um den teuersten Auftrag in



Der neue Bombardier-Doppelstockzug: Es kündigt sich eine weitere Verzögerung der Auslieferungen an.

Bild: Jean-Christophe Bott/Keystone

der Geschichte der Bahn. Ursprünglich hätten die ersten Züge 2013 geliefert werden sollen. Es kam aber immer wieder zu Verspätungen.

Das Nachrichtenmagazin «10 vor 10» des Schweizer Fernsehens (SRF) berichtete am Montagabend über die Beschwerde gegen die SBB, die Herstellerfirma Bombardier und das Bundesamt für Verkehr (BAV). Wie Inclusion Handicap bestätigte, will der Verband auf diesem Weg erreichen, dass die Anpassungen vorgenommen werden, bevor alle Züge fertig gebaut sind.

## Mehrere Mängel

Der Dachverband hat eine Liste von Mängeln erstellt: Die Rampen vom Zug auf den Perron seien so steil, dass Rollstuhlfahrerinnen und -fahrer ohne Hilfe nicht aussteigen könnten, schreibt er. Und die Tasten, um im Zug die Türen zu öffnen, seien vom Rollstuhl aus

nicht erreichbar. Die Tasten aussen an den Zügen müssen gemäss der Forderung so gestaltet sein, dass Sehbehinderte sie benutzen können. Weiter stören Inclusion Handicap zu stark spiegelnde Monitore – dort müssten Hörbehinderte beispielsweise Informationen zum Fahrplan lesen. Und das nicht ebene Oberdeck der Züge erschwere das Sich-Fortbewegen.

## Erst wenige Züge gebaut

Die Beschwerde von Inclusion Handicap richtet sich gegen die provisorisch erteilte Betriebsbewilligung für die Züge. Das liege im Interesse der SBB, schreibt die Organisation. Denn die überwiegende Mehrheit der Züge sei noch nicht gebaut, und die verlangten Anforderungen könnten ohne unnötige Kosten umgesetzt werden. Inclusion Handicap stützt sich auf das Behindertengleichstellungsgesetz. (sda)